

aej-Mitgliederversammlung 2014

Beschluss Nr.02/2014

## Mit Frieden Ernst machen – zivile Konfliktbearbeitung stärken

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) fordert die politischen Verantwortungsträger Deutschlands auf, Ernst zu machen mit der Rede vom Frieden: anstatt Forderungen internationaler Partner nach verstärktem militärischem Engagement deutscher Truppen nachzugeben, müssen sie den Mut aufbringen, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unter der Prämisse der Gewaltfreiheit weiterzuentwickeln und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung stärken.

Einflussreiche Think Tanks, Journalisten und Politiker der Regierungskoalition ebenso wie Bundespräsident Gauck denken derzeit offen über eine Neuausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nach. Der Ruf, Deutschland müsse im Rahmen einer „neuen deutschen Außenpolitik“ stärker „internationale Verantwortung“ wahrnehmen, wird hier oft einseitig auf militärisches Handeln ausgelegt. Das Primat der Gewaltfreiheit wird in Worten zwar teilweise nach wie vor betont – Pläne und Taten der Bundesregierung sprechen jedoch eine andere Sprache. Eine neue deutsche Außenpolitik, die die internationale Sonderrolle Deutschlands beendet, kann dies nur in Verantwortung für den Frieden tun und muss deshalb zum Ziel haben, Gewaltfreiheit auch zur Prämisse internationaler Partner

Arbeitsgemeinschaft  
der Evangelischen Jugend  
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9  
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0  
Fax: 0511 1215-299  
E-Mail: [info@aej-online.de](mailto:info@aej-online.de)

zu machen. Durch die Förderung ziviler Konfliktbearbeitung kann sie mit gutem Beispiel vorangehen.

Die aej fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages darum auf, in den anstehenden Debatten um den Bundeshaushalt 2015 sowie in zukünftigen Haushaltsdebatten dafür Sorge zu tragen, dass sich die Ausgaben für Maßnahmen und Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung und die Ausgaben für militärische Zwecke angleichen.

Darüber hinaus fordert die aej die Bundesregierung – insbesondere Bundeskanzlerin Merkel, Bundesverteidigungsministerin von der Leyen, Bundesaußenminister Steinmeier und Bundesentwicklungshilfeminister Müller – auf, die Strategien Deutschlands zur Lösung und Prävention bewaffneter Konflikte unter der Prämisse der Gewaltfreiheit weiterzuentwickeln: militärische Konfliktlösung muss auf lange Sicht aus dem Repertoire deutscher Außen- und Sicherheitspolitik weichen. Stattdessen müssen Wege der zivilen Konfliktbearbeitung zum Standard werden. Dazu sind insbesondere langfristige Strategien der Prävention, Verständigung und Krisenvermeidung im Gegensatz zu kurzfristigem Krisenmanagement zu fördern. Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung muss konsequent bekannt gemacht, realisiert und weiterentwickelt werden. Um zivilem Fachpersonal Freiwilligeneinsätze in Krisenregionen, etwa im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), zu ermöglichen, müssen Bund und Länder als Arbeit- und Mittelgeber eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung entsendender Stellen sicherstellen. Nur so können das temporäre Fehlen dieser Fachkräfte in Deutschland kompensiert und zivile Friedensdienste überhaupt erst möglich gemacht werden.

Außerdem fordert die aej den Rat der EKD auf, sich ebenfalls stärker für einen Paradigmenwechsel von der militärischen Konfliktlösung

hin zur zivilen Konfliktbearbeitung einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind die Position und Rolle des Friedensbeauftragten der EKD zu stärken und die Wirkung von Stellungnahmen, die militärische Gewalt – auch als Ultima Ratio – legitimieren, kritisch zu hinterfragen.

**Abstimmungsergebnis:        mehrheitlich bei vier Enthaltungen**